

*Zwischen Diffamierung und Verehrung.  
Das Bild Willy Brandts in der  
bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974)\**

*„Lieber Herr Bundeskanzler!*

*Jeden Samstag kommt mein Opa zu Besuch, und ich bekomme 5,- Taschengeld. Mein Opa ist CDU-Wähler. Bei seinem letzten Besuch entdeckte er an meinem Hemd die Plakette „Willy wählen“. Er verlangte, ich solle sie abmachen. Als ich das nicht getan habe, bekam ich nur 2,50. Die restlichen 2,50 sollte ich mir von „Willy“ geben lassen. Wer ersetzt mir den Schaden? Ich bin 12 Jahre und Schüler in der Quinta auf dem Gymnasium und brauche das Geld dringend.*

*Mit freundlichem Gruß*

*Ralf L.“<sup>1</sup>*

Dieser Brief, der im November 1972 im Bundeskanzleramt einging, läßt erahnen, wie sehr die Beurteilung Willy Brandts nicht nur die Nation, sondern auch Familien spaltete. Daß Zwölfjährige sich für Politik interessieren, mag heute verwundern, damals war es jedoch kein seltenes Phänomen – auch das nicht zuletzt ein „Verdienst“ von Willy Brandt und seiner Popularität Anfang der siebziger Jahre.

Kaum ein anderer bundesdeutscher Politiker – vielleicht von Franz Josef Strauß einmal abgesehen – hat die Gesellschaft so polarisiert und zeitweise auch so geeint wie Brandt. Dabei ist zeitlich zu differenzieren: Nach der Kür zum Kanzlerkandidaten der SPD im Jahr 1960 war Brandt einer maßlosen Diffamierungswelle seitens der CDU/CSU und der rechten Presseorgane ausgesetzt. Diese ebte in den Zeiten zwischen den Wahlkämpfen zwar immer wieder ab, wiederholte sich jedoch 1965 und in abgeschwächter Form im Jahr 1969. Gleichzeitig wurde Brandt von der eigenen Partei und deren Werbestrategen als Gegenpol zu Adenauer, als die Verkörperung des modernen, des jungen und des „guten Deutschland“ aufgebaut. Dieses Bild wurde von Teilen der Massenmedien – namentlich der linksliberalen Presse, aber auch von dem immer mehr an Bedeutung gewinnenden Fernsehen – unterstützt. In der kon-

\* Für hilfreiche Anmerkungen zu diesem Text danke ich Helga Grebing, Jörg Requate und Uta C. Schmidt.  
1 Schreiben vom 16. November 1972, in: Willy-Brandt-Archiv (WBA) im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 136. Der Name des Absenders wurde für den Abdruck anonymisiert.

trären Beurteilung der Person Brandts, spiegelte sich – so die hier verfolgte These – die Zerrissenheit der bundesdeutschen Gesellschaft zwischen Verdrängung und Aufbruchstimmung in den sechziger Jahren wider.

Im folgenden soll anhand ausgewählter Beispiele versucht werden, die Entwicklung des „Willy-Brandt-Bildes“ in der Bundesrepublik von Anfang der sechziger Jahre bis zu seinem Rücktritt als Bundeskanzler im Jahr 1974 nachzuzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen: 1. Daß gleichzeitig in verschiedenen Teilöffentlichkeiten unterschiedliche Bilder des Politikers Brandt nebeneinander existierten. In den nachfolgenden Ausführungen wird in der Regel das jeweils in der bundesdeutschen Öffentlichkeit dominierende Bild Willy Brandts dargestellt. 2. Daß es sich bei solchen „Bildern“ um Inszenierungen und Konstruktionen handelt, die von verschiedenen Faktoren abhängen: Von der Selbstdarstellung eines Politikers, seiner Ausstrahlung und Wirkung auf die Bevölkerung, dem Bild, das von den Werbestrategen der SPD entworfen wurde, und vor allem von der Darstellung in den Massenmedien.<sup>2</sup> Denn die Medien gewannen als Instanz, die nicht nur Öffentlichkeit herstellt, sondern politische und gesellschaftliche Prozesse in unterschiedlicher Weise darstellt, interpretiert, konstruiert und auch beeinflusst, im Untersuchungszeitraum für die politische Willens- und Meinungsbildung eine immer wichtigere Bedeutung. Parteien und Politiker begannen, sich und ihre Politik zunehmend „medial“ zu begreifen – eine Entwicklung, die im Bundestagswahlkampf des Jahres 1998 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Vor allem am Beispiel der Wahlkämpfe seit 1961 wird versucht, den Wandel des Brandt-Bildes in der bundesdeutschen Öffentlichkeit<sup>3</sup> nachzuzeichnen und es in den Kontext der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Konstellationen zu setzen. Darüber hinaus werden Reaktionen der Presse, Umfrageergebnisse und Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung bei der Analyse berücksichtigt.

### 1. Neuer Umgang mit den Medien

Nach dem schlechten Wahlergebnis im Jahr 1957 mit 31,8 Prozent war es für die SPD unübersehbar, daß die bereits im Laufe der fünfziger Jahre immer wieder themati-

sierten programmatischen und organisatorischen Reformen – wollte die Partei jemals regierungsfähig werden – auch umgesetzt werden mußten.<sup>4</sup> Im Rahmen dieser Erneuerungs- und Modernisierungsbestrebungen, die ihren programmatischen Ausdruck in der Verabschiedung des Godesberger Programms von 1959 fanden, sind auch die Nominierung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten im Jahr 1960 und die „neuen“ Wahlkampfmethoden seit 1961 zu interpretieren. Willy Brandt, der seit 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin war, stand nicht nur für einen Generationswechsel in der SPD, sondern auch für einen modernen politischen Stil, der nicht zuletzt aus seinem professionellen Umgang mit den Massenmedien resultierte. Letzterer unterschied sich von dem anderer Politiker vor allem dadurch, daß Brandt sich und seine Politik an den eigenen Gesetzmäßigkeiten der Medien ausrichtete und nicht, wie z. B. Konrad Adenauer, in Presse, Rundfunk und Fernsehen Instrumente zur einseitigen Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne der Regierenden sah.<sup>5</sup>

Durch das Engagement in bzw. für Berlin und sein souveränes Auftreten gegenüber den westlichen Alliierten genoß Brandt sowohl in der Berliner als auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in den fünfziger Jahren ein relativ hohes Ansehen. Zwar lagen auf Bundesebene Adenauer und Erhard zu dieser Zeit auf den Beliebtheitskalen weit vorn, doch stieg Brandt in den Jahren 1959 und 1960 zum populärsten SPD-Politiker auf.<sup>6</sup> Die Ursachen dieses Ansehens lagen neben den Erfolgen der praktischen Politik, so z. B. sein Verhalten während des Ungarn-Aufstandes im Jahr 1956 oder die Treffen mit Kennedy, auch in der – für damalige Zeiten – ungewöhnlichen Medienpräsenz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, die sich stark an amerikanischen Vorbildern orientierte. So sorgte er durch eigene Kolumnen in diversen Berliner Zeitungen, eine eigene Radiosendung im Sender Freies Berlin („Wo uns der Schuh drückt?“)<sup>7</sup> für eine permanente, bevölkerungsnah – möglichst positive – Darstellung seiner Person und Politik in der breiten Öffentlichkeit. Darüber hinaus ließ er die Presse auch in sein Privatleben schauen, was in den fünfziger Jahren für deutsche Politiker eher unüblich war. So gibt es von der Familie Brandt schon in die-

4 Vgl. K. Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Neuaufgabe, Bonn 1996, S. 388ff.

5 Vgl. u.a. J. J. Hoffmann: *Adenauer: „Vorsicht und keine Indiskretionen!“ Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949-1955*, Aachen 1995.

6 Im August 1959 stand Brandt zwar noch aufgleicher Stufe mit Ollenhauer, im Dezember 1960 hatte er diesen jedoch bereits weit überrundet. Vgl. *Frankfurter Allgemeine* vom 4. August 1959 und *Süddeutsche Zeitung* vom 21. Dezember 1960.

7 Die Sendung gab es bereits seit Anfang der fünfziger Jahre. Sie wurde zunächst von Ernst Reuter bestritten und später von Willy Brandt wieder aufgenommen. Die Tradition der Sendereihe wurde die ganzen sechziger Jahre – dann zeitweise auch im Fernsehen – fortgeführt.

2 Vgl. dazu ausführlich J. Requate: *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse*, In: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5-32.

3 Zum Begriff der Öffentlichkeit vgl. J. Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuaufg., Frankfurt a.M. 1990.

ser Zeit „homestories“. Gleichzeitig stieg das Interesse der Medien an Brandt stetig an, die durch die Unterstützung oder Bekämpfung seiner Person und Politik eigene politische Anliegen verfolgten. Beispielsweise baute die Berliner Springer-Pressen Brandt in den fünfziger Jahren mit auf, was sich im folgenden Jahrzehnt grundsätzlich ändern sollte.<sup>8</sup> Das öffentliche Interesse an Willy Brandt war spätestens seit seinem Amtsantritt als Regierender Bürgermeister so groß, daß sich einige Pressejournalisten schon Gedanken über die negativen Folgen machten. Dies ist vor dem Hintergrund zu interpretieren, daß das Verhältnis von „Medien und Politik“ nun zunehmend in der Öffentlichkeit thematisiert wurde. Ein Diskurs, der dann in den sechziger Jahren, bedingt durch die sich ändernde Medienlandschaft – vor allem durch den Aufstieg des Fernsehens zum neuen Leitmedium – sowie die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, verstärkt weitergeführt wurde. Im März 1959 schrieb Thilo Koch in der Zeit:

„So verschleißt die aktualitätsgierige Öffentlichkeit einen vorzüglichen Mann; sie selber hat den Schaden davon. Denn wir haben in der jüngeren Politikergeneration nicht viele so begabte Männer und Demokraten wie Brandt. [...] Und Willy Brandt ‚kommt‘ so schön, ‚verkauft‘ sich so gut, er ist ein richtiger Reklameschlag. [...] Aber nicht alles, was für Berlin gut ist, ist auch gut für Willy Brandt. Er ist zu schade als Galionsfigur. [...] Willy Brandt, die Attraktion so vieler Schlagzeilen....“<sup>9</sup> Es spricht vieles dafür, daß sich Brandt – zumal selbst Journalist – bereits in den fünfziger Jahren der Wirkung und der zunehmenden Bedeutung der Medien bei der Vermittlung von Politik und dem Erfolg von Politikern bewußt war und diese gezielt durch eine kalkulierte Kommunikationspolitik für seine Zwecke einsetzte. Dafür spricht auch, daß er ständig Kontakte zu führenden Journalisten der Bundesrepublik hielt und diese – wenn möglich – ausbaute.<sup>10</sup> Die Popularität, die sich Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin bei der Bevölkerung erworben hatte,<sup>11</sup> begün-

stigte sicherlich auch seine Aufstellung zum Kanzlerkandidaten der SPD auf dem Bundesparteitag 1960 in Hannover.

Der Wahlkampf 1961 ist für die Frage nach dem Brandt-Bild in der Bundesrepublik gleich mehrfach von Bedeutung: Es war der erste im hohen Grade professionalisierte Wahlkampf der beiden großen Parteien in der Nachkriegsgeschichte.<sup>12</sup> Dies fand seinen Ausdruck u. a. darin, daß nach einer vorher festgelegten Konzeption verfahren wurde, die nun auch von professionellen Werbeagenturen und nicht mehr hauptsächlich von ehrenamtlichen Wahlhelfern getragen wurde.<sup>13</sup> Darüber hinaus gewannen bei den Vorbereitungen und der Durchführung der Kampagne zunehmend Meinungsumfragen an Bedeutung. Zur Werbung bediente man sich neben dem traditionellen Werbemittel „Plakat“ auch des „Inserates“ und des „Fernsehspots“. Eine Entwicklung, die der Wirkungsweise und der zunehmenden Bedeutung des Fernsehens bei der politischen Meinungsbildung Rechnung trug.<sup>14</sup> Als Vorbild für dieses Vorgehen fungierte die Form sowohl der englischen als auch der amerikanischen Wahlkämpfe. Zwar hatte auch die CDU eigene Wahlkampfbeobachter nach England (1959) und zum Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1960 in die USA entsandt, doch waren die Anleihen am Kennedy-Wahlkampf bei der SPD am deutlichsten.<sup>15</sup>

Die sozialdemokratischen Wahlkampfstrategen stellten demzufolge die Person ihres Kandidaten in den Mittelpunkt der Kampagne.<sup>16</sup> Brandt sollte, als Gegenpol zu dem greisen Adenauer, eine neue, junge Politikergeneration, eine erneuerte SPD sowie den Aufbruch und die Modernisierung der Gesellschaft symbolisieren. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der sogenannten „Gemeinsamkeitspolitik“.<sup>17</sup> Durch

<sup>12</sup> Zur Analyse des Wahlkampfes 1961 vgl. R. Wildenmann/E. K. Scheuch: *Der Wahlkampf 1961 im Rückblick*, in: dies. (Hg.): *Zur Soziologie der Wahl* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9), Köln/Opladen 1965, S. 39-73.

<sup>13</sup> Die SPD konnte 1961 auf einen erfahrenen Werbefachmann aus den eigenen Reihen zurückgreifen. Vgl. ebd., S. 54.

<sup>14</sup> Zwar haben zeitgenössische Untersuchungen ergeben, daß der Tageszeitung im Wahlkampf 1961 immer noch eine zentrale Bedeutung für die politische Unterrichtung der Wählerschaft zukam, dennoch war trotz geringer Fernsehichte – nur ca. jeder dritte Haushalt verfügte zu diesem Zeitpunkt über einen Fernsehapparat – der Fernsehwerbespot eines der wirksamsten Mittel der parteieigenen Wahlpropaganda. Vgl. Th. Wernerus: *Die Massenkommunikationsmittel und der Bundestagswahlkampf 1961*. Diss., Köln 1965, S. 129f.

<sup>15</sup> Im Oktober 1960 befand sich Klaus Schütz zur Beobachtung des Wahlkampfes in den USA. In einem Brief an Willy Brandt vom 28. Oktober 1960 beschrieb er nicht nur seine Eindrücke, sondern favorisierte eindeutig die Übertragung der Linie Kennedys auf die deutschen Verhältnisse (WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 24 [alte Signatur]).

<sup>16</sup> Zur Wahlkampagne der SPD im Detail vgl. AdsD, SPD-Fraktion, 3. Wahlperiode, Mappen 624-632.

<sup>17</sup> Vgl. dazu ausführlich B. Bouvier: *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn 1990.

<sup>8</sup> Vgl. V. Müller: *Axel Springers deutschlandpolitisches Engagement und seine Haltung zur Ostpolitik Willy Brandts*, Magisterarbeit Bochum 1997, S. 9ff.

<sup>9</sup> Die Zeit vom März 1959.

<sup>10</sup> Vgl. I. Ennen: *Die Kommunikations- und Informationspolitik Willy Brandts*, Magisterarbeit Mainz 1996, S. 32ff. Im Nachlaß Willy Brandts finden sich Korrespondenzen mit den meisten wichtigen Verlegern und Journalisten der sechziger und siebziger Jahre, so u. a. mit Rudolf Augstein, Henri Nannen und Axel Springer sowie mit Marion Gräfin Dönhoff, Günter Gaus und Klaus Harpprecht.

<sup>11</sup> Daß Willy Brandt von der Bevölkerung selbsterzählt vor allem mit seinem Amt als Regierender Bürgermeister von Berlin identifiziert wurde, darauf weisen u. a. Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts Infas hin, die im Rahmen der „Deutschlandreise“ Brandts durchgeführt wurden. Vgl. Institut für angewandte Sozialwissenschaft: *Brandt unterwegs. Eine Untersuchung zur Resonanz der Deutschlandreise*, Bad Godesberg 1961, S. 19ff.

das Bekenntnis, daß für zukünftige Politik vor allem die Interessen des Gemeinwohls und weniger parteipolitische Differenzen entscheidend sein sollten, wollte die SPD ihre potentielle Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, verlor aber dadurch letztendlich zunehmend an eigenem Profil.<sup>18</sup> Des weiteren betonte man Brandts Verdienste als Regierender Bürgermeister von Berlin sowie seine außenpolitische Kompetenz. Letzteres wurde vor allem durch Bilder und Broschüren untermauert, die Brandt mit Kennedy sowie mit anderen führenden ausländischen Politikern, u. a. mit der Unterschrift „Vertrauen“, zeigten.

Die Wirkung dieser Werbestrategie hatte für Willy Brandt und die SPD gleichwohl nicht den gewünschten Erfolg. Dafür gab es mehrere Ursachen: Einerseits scheint es zu diesem Zeitpunkt für die SPD nicht ausgereicht zu haben, primär den „Kandidaten“ und weniger politische Inhalte in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Andererseits hat der Mauerbau am 13. August 1961, also nur wenige Wochen vor der Wahl, eher die CDU und Adenauer begünstigt, da diese für die Mehrheit der Bevölkerung vor allem für Stabilität und Kontinuität standen („Keine Experimente!“).<sup>19</sup> Der Stimmenanteil der SPD stieg zwar auf 36,2 Prozent, damit waren jedoch bei weitem nicht die Erwartungen erfüllt. Dennoch fand Brandt zunehmend Anhänger in der Bevölkerung, die ihn genau mit den obengenannten Attributen in Verbindung brachten.

## II. „Herr Brandt alias Frahm“ oder die Diffamierungskampagnen

Der Wahlkampf 1961 war auch durch Auseinandersetzungen in bis dahin unbekannter Schärfe um die Person Willy Brandts geprägt, die einen vorläufigen Höhepunkt bedeuteten. Die Zuspitzung der Angriffe der politischen Gegner auf die Person des SPD-Kanzlerkandidaten wurde durch das Vorgehen der SPD-Wahlkampfstrategen, bereits zu diesem Zeitpunkt ihr Konzept fast ausschließlich auf den Kandidaten auszurichten, zumindest mit begünstigt. Die wesentlichen Gründe für eine derart massive Diffamierungskampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten lagen aber vor allem darin, daß erstmals seit 1949 ein Machtverlust für die CDU realistisch erschien und Adenauer zu Beginn des Wahlkampfes sowohl innerparteilich als auch in der Mei-

nung der Öffentlichkeit eine äußerst schwache Position hatte. Die Kontroversen im Wahlkampf 1961 trugen maßgeblich zu der divergierenden Beurteilung der Person Brandts in der Öffentlichkeit bei. Anschuldigungen gegen ihn – vor allem wegen seiner Emigrationszeit – tauchten seit seiner Rückkehr nach Deutschland immer wieder auf. Bereits 1947 mußte sich Brandt u. a. mit Vorwürfen auseinandersetzen, die ihn als angeblichen „kommunistischen Agenten“ denunzierten.<sup>20</sup> Nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten verschärfte sich derartige Angriffe.

Überließ die CDU die Initiative zunächst der rechtsgerichteten Presse, so ging die CSU direkt in die Offensive. Schon im November 1960 sah sich Brandt gezwungen, u. a. gegen Verleumdungen des Landtagsabgeordneten der CSU, Ludwig Huber, vorzugehen. Dieser hatte in einer Bezirksversammlung der Jungen Union behauptet, daß Brandt im Spanischen Bürgerkrieg „Rotfrontkämpfer“ und Angehöriger der „Internationalen Brigade“ gewesen sei sowie in norwegischer Uniform möglicherweise gegen Deutsche gekämpft habe.<sup>21</sup> Darüber hinaus wurde auf die Namensänderung des Sozialdemokraten eingegangen und ins Zwielficht gerückt. Hinzu kamen im Laufe des Wahlkampfes Anspielungen auf seine uneheliche Geburt und seinen „moralischen Lebenswandel“. Damit war das Spektrum der Vorwürfe und Verleumdungen umschrieben, die auf eine politische wie private „Unzuverlässigkeit“ des SPD-Kandidaten abzielten.

Vor allem die rechtsgerichtete Presse, wie die Passauer Neue Presse oder die Deutsche Zeitung, um nur zwei Beispiele zu nennen, tat sich durch massive Angriffe gegen Brandt hervor. Auch hier wurde in der Regel die Emigration als Aufhänger genutzt. Daneben wurden gezielt Verleumdungsschriften lanciert, so z. B. die Publikation „Die Kandidaten“ oder das unter dem Pseudonym „Claire Mortensen“ erschienene Buch „...da war auch ein Mädchen“,<sup>22</sup> in dem diverse Frauengeschichten Brandts an die Öffentlichkeit gezerrt wurden, darunter besonders eine Beziehung aus den frühen fünfziger Jahren zu der Journalistin Susanne Sievers. Indem man den Briefwechsel der beiden abdruckte, versuchte man, Brandt fehlende „bürgerlich-moralische“ Grundsätze nachzuweisen.

<sup>20</sup> Vgl. u. a. Schreiben Willy Brandts an Kurt Schumacher vom 23. Dezember 1947, in: WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Korrespondenz mit dem Parteivorstand 1947-1950; Schreiben Willy Brandts an Ernst und Agnes Behm vom 12. Januar 1948, in: ebd., Mappe 3 (alte Signatur).

<sup>21</sup> Schreiben Willy Brandts an Ludwig Huber vom 2. November 1960, in: AdSD, SPD-Fraktion, 3. Wahlperiode, Mappe 623.

<sup>22</sup> Vgl. u. a. Der Spiegel vom 20. September 1961. In dem Artikel wurde die Buchveröffentlichung dem damaligen CSU-Generalsekretär, Friedrich Zimmermann, sowie den Verlegern Hans Frederik und Johann Kapfinger zugeordnet.

<sup>18</sup> Das Postulat der „Gemeinsamkeitspolitik“ wurde von der SPD bis zur sozialliberalen Koalition in den ganzen sechziger Jahren favorisiert. Der dadurch bedingte Profilverlust der Partei änderte sich erst wieder, als die SPD 1969 zusammen mit der FDP die Regierung stellte.

<sup>19</sup> Vgl. u. a. T. Prittie: Willy Brandt. Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 246ff.

Wie schon erwähnt, überließen die Politiker von CDU/CSU die Diffamierungen nicht nur der ihnen nahestehenden Presse, sondern beteiligten sich selbst aktiv an der Hetze. Die CSU gab eine Wahlkampfschrift mit dem Titel „Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner?“ heraus, die in über 200.000 Exemplaren gedruckt wurde und in der wiederum die Vergangenheit der beiden SPD-Politiker in verzerrter Form dargestellt wurde. Es hieß darin u. a.:

„Je lauter die SPD einen Blankoscheck für Brandt fordert, desto eingehender soll und muß sich die Öffentlichkeit mit seiner Person beschäftigen, um daraus Schlüsse auf sein mögliches Verhalten in der Zukunft ableiten zu können; um so mehr, wenn das Programm der Partei – wie erwiesen – nicht bindet. Der Politiker Willy Brandt trägt diesen Namen erst seit 1933. [...] Allein diese Tatsache erscheint interessant genug, sich ein wenig genauer mit dem politischen Werdegang des SPD-Kanzlerkandidaten zu befassen.“<sup>23</sup>

Auch die CDU veröffentlichte im Juli 1961 unter dem Titel „Was will Willy Brandt“ eine Hetzschrift mit ähnlichem Tenor, die als Wurfsendung geplant war, jedoch per Gerichtsbeschuß verboten wurde.<sup>24</sup> Franz Josef Strauß betonte bei diversen Reden gern die „angeblichen Verfehlungen“ des SPD-Kanzlerkandidaten während seiner Emigrationszeit. So stellte er in einer Rede in Vilshofen im Februar 1961 die Frage: „Eines wird man doch Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir gemacht haben.“<sup>25</sup> Auch Bundeskanzler Adenauer scheute sich nicht, Brandt direkt anzugreifen. Sein Ausspruch „Herr Brandt alias Frahm“,<sup>26</sup> den er einen Tag nach dem Mauerbau in einer Wahlkampfreden fallen ließ, hatte zwar viel Kritik zur Folge, wurde und wird aber dennoch immer wieder zitiert.<sup>27</sup>

Willy Brandt und die SPD versuchten, sich gegen die Angriffe auf verschiedenen Ebenen zu wehren. Unterstützt wurden sie dabei von großen Teilen der Berliner und

der linksliberalen Presse. Neben Unterlassungsklagen, so z. B. gegen den Passauer Verleger Kapfinger, versuchte man, in Presseerklärungen, offenen Briefen, z. B. an Strauß, sowie in Wahlkampfreden die Anschuldigungen zu widerlegen. Obwohl große Teile der Bevölkerung die letzten Wahlkampfwochen „als unangenehm“ empfanden,<sup>28</sup> ist davon auszugehen, daß die Schmutzkampagnen bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fielen. Daß die Diffamierungen relativ erfolgreich waren, hatte mehrere Gründe: Der zentrale Angriffspunkt der Kampagnen waren die Emigrationszeit und das dortige Verhalten des SPD-Kanzlerkandidaten. Damit schürte man nicht nur Vorbehalte gegen die Person Brandt, sondern knüpfte ganz eindeutig an bestehende Ressentiments in der Gesellschaft gegen Emigranten und Gegner des Nationalsozialismus an. Die fünfziger Jahre waren u. a. dadurch gekennzeichnet, daß die Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Eliten versuchte, die NS-Vergangenheit möglichst zu verdrängen und nach „vorn“ zu schauen.<sup>29</sup> Dieser Schuldabwehr und weitgehenden Erinnerungsverweigerung standen Personen wie Brandt entgegen, die sich dem Nationalsozialismus verweigert hatten. Sie waren der lebende Beweis dafür, daß es Möglichkeiten gegeben hatte, sich dem NS-Regime zu entziehen oder es aktiv zu bekämpfen. Somit störten sie letztendlich den weitgehenden Verdrängungsprozeß und lösten bei vielen Zeitgenossen negative Reaktionen aus, die sich die politischen Gegner Brandts zu Nutze machten.

Auch die Hinweise auf Willy Brandts uneheliche Geburt und seinen angeblich „unmoralischen Lebenswandel“ knüpften eindeutig an in der Gesellschaft weit verbreitete Ressentiments an. Denn auch auf diesem Gebiet sind die fünfziger und beginnenden sechziger Jahre primär als Restaurationsphase einzustufen, in der traditionelle Familien- und Rollenmuster sowie kleinbürgerliche Moralvorstellungen den Zeitgeist maßgeblich bestimmten.<sup>30</sup>

Im Laufe der sechziger Jahre veränderten sich durch Intellektuelle, Künstler und vor allem im Zuge der Studentenbewegung nicht nur die Gesellschaft, der Zeitgeist, sondern auch die politische Kultur. Besonders die jüngere Generation, unterstützt von Künstlern und Intellektuellen, forderte eine offensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Elterngeneration, eine umfassende Demo-

<sup>23</sup> CSU-Wahlbroschüre von 1961 „Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner?“.

<sup>24</sup> Vgl. Prittie, Brandt, S. 267.

<sup>25</sup> WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 28/29 (alte Signatur).

<sup>26</sup> K. Adenauer: *Wahlrede auf einer Großkundgebung in Regensburg am 14. August 1961*, in: ders.: *Reden 1917-1967. Eine Auswahl*. Hg. von H.-P. Schwarz, Stuttgart 1975, S. 413-423, hier S. 417.

<sup>27</sup> Adenauer rechtfertigte seine Regensburger Rede in einem Schreiben an Brandt vom 31. August 1961 folgendermaßen (WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 28/29 [alte Signatur]): „Die Angriffe, die Sie in Ihren Reden, insbesondere – in Kenntnis der Verhandlungen der Volkskammer – auch in Nürnberg, gegen die Bundesregierung und gegen mich persönlich gerichtet haben, haben mich gezwungen, in Regensburg deutlich zu antworten und darauf hinzuweisen, daß nicht eine Partei für sich allein das Recht des Angriffs in Anspruch nehmen, es einer anderen Partei aber verweigert werden kann. Ich glaube, wir sollten unter diesen Umständen von unmittelbaren Auseinandersetzungen auch sachlicher Art absehen.“

<sup>28</sup> Vgl. Wildenmann/Scheuch, *Wahlkampf 1961*, S. 60.

<sup>29</sup> Vgl. N. Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 397ff.; D. Garbe: *Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“*. *Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik*, in: A. Schildt/A. Sywottek (Hg.): *Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1998, S. 693-716.

<sup>30</sup> Vgl. u. a. M. Niehuss: *Kontinuität und Wandel der Familien in den fünfziger Jahren*, in: ebd., S. 316-334.

kritisierung der Gesellschaft und einen Bruch mit dem „Muff der Ära Adenauer“. Etwas zeitversetzt zu dieser Entwicklung wandelte sich auch das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, denn er schien mit seiner antifaschistischen Haltung, seinem Konzept einer umfassenden Modernisierung der Gesellschaft sowie seinen außenpolitischen Vorhaben ein Garant für gesellschaftliche und politische Veränderungen zu sein – dies, obwohl Brandts Verhältnis zur 68er-Bewegung als ambivalent zu bezeichnen ist.

Im Wahlkampf 1965 wurde von der CDU/CSU wieder ein sehr ähnliches Konzept der Verleumdungen und Diffamierungen gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Brandt verfolgt wie schon 1961. Die Themen, die CDU/CSU und rechts von ihnen stehende Kreise aufgriffen, waren wieder seine Emigration, die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, das angebliche Kämpfen und Schreiben gegen Deutschland, der „Kommunismusvorwurf“, seine Namensänderung sowie seine uneheliche Geburt.<sup>31</sup> Hinzu kam – besonders von Seiten der CDU – massive Kritik an Brandts Politik in Berlin. Auch in diesem Fall war man mit den Angriffen erfolgreich. Das Ausmaß der Diffamierungen seitens des politischen Gegners nahm zwar nach der Amtsübernahme als Außenminister 1966 ab, sie verstummte jedoch letztendlich nie und wurde vor allem in Wahlkämpfen und Krisenzeiten immer wieder reaktiviert. Selbst noch im Wahlkampf des Jahres 1986 spielten die politischen Gegner wieder auf Brandts uneheliche Geburt an und streuten Gerüchte über den möglichen Vater des SPD-Vorsitzenden. Der Spiegel titelte „Vater und Sohn. Willy Brandt hat viele Väter. Im Wahlkampf ist jetzt noch einer dazugekommen“.<sup>32</sup> Auch posthum finden die Diffamierungskampagnen kein Ende, wie Veröffentlichungen über eine angebliche Agententätigkeit Willy Brandts für den sowjetischen KGB und den amerikanischen OSS während seiner Emigrationszeit zeigen.<sup>33</sup>

Wie fest verwurzelt die Vorbehalte gegen Brandt waren, zeigt auch die Aufnahme dieser Themen in Satiresendungen, wie z. B. die Äußerungen der Hauptfigur Alfred Tetzlaff in der beliebten Serie „*Ein Herz und eine Seele*“.<sup>34</sup> In der Folge vom 15. Januar 1973 lästerte Alfred im Gespräch mit seiner Frau über die Bundestagswahl des Jahres 1972:

<sup>31</sup> Vgl. u. a. AdSD, SPD-Bundestagsfraktion, 4. Wahlperiode, Mappe 1018; Dokumentation der Diffamierungskampagne 1965.

<sup>32</sup> Der Spiegel vom 22. Dezember 1986.

<sup>33</sup> Vgl. J. Hufelschulte: Deckname „Polarforscher“, In: Focus vom 12. April 1999; A. Frohn/K. Wlegrefe: Ein gern gesehener Agent, in: Der Spiegel vom 13. September 1999.

<sup>34</sup> Der Autor dieser Sendung, Wolfgang Menge, legte seinem Protagonisten nicht seine eigene Meinung, sondern „Volkes Stimme“ in den Mund.

„Weil genau an dem Tag [gemeint ist der Tag der Wahl am 19. November 1972, D.M.] dieser Mann mit dem Künstlernamen Willy Brandt wieder zum Bundeskanzler gewählt worden ist.“<sup>35</sup>

Wie sensibilisiert die Öffentlichkeit besonders in den sechziger Jahren bis zum Kanzlerrücktritt auf den Politiker Brandt und seine Handlungen war, zeigt auch, daß auf die unterschiedlichsten Verhaltensweisen von ihm selbst oder seiner Familie mit einer Flut von Briefen und Zeitungsartikeln reagiert wurde. Das Spektrum reichte dabei von nicht ordnungsgemäß getragener Kleidung bis hin zu politischen Fragen und dem Verhalten seiner Söhne in der Öffentlichkeit, wie z. B. den politischen Aktivitäten Peter Brandts oder der Mitwirkung seiner Söhne bei der Verfilmung der Novelle „Katz und Maus“ von Günter Grass. Dort läßt Lars Brandt in einer Szene ein Ritterkreuz in seine Badehose fallen. Dies löste heftige Kritik von vielen ehemaligen Kriegsteilnehmern aus und wurde von den Gegnern Brandts genutzt, da es doch aus ihrer Sicht die These von dem angeblichen „Vaterlandsverräter“ zu untermauern schien.<sup>36</sup>

### III. Der Aufstieg zum Denkmal

Die Zeit Brandts als Außenminister der Großen Koalition seit Dezember 1966 festigte sein Image als kompetenter und im Ausland anerkannter Politiker. Die Teilhabe an der Regierungsmacht trug zur positiveren Bewertung seiner Person bei. Folgt man den Ergebnissen einer Meinungsumfrage vom Februar 1968, war Brandt, hinter Kiesinger und vor Strauß und Schiller, der beliebteste Politiker der Bundesregierung.<sup>37</sup>

Nach dem Amtsantritt als Bundeskanzler im Jahr 1969 setzte sich der Wandel des Bildes von Willy Brandt in der Bevölkerung der Bundesrepublik dann beschleunigt fort. Aus dem einstigen „Vaterlandsverräter“ wurde für viele eine „Kultfigur“, die „Ikone einer neuen Ära“, das Synonym für ein gutes, ein besseres Deutschland im In- und Ausland. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt das Jahr 1972 mit dem überlegenden Wahlsieg Brandts und der SPD dar.

Die Faktoren für den „Einstellungswandel“ liegen in den bereits erwähnten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse seit Mitte der sechziger Jahre und in den außenpolitischen Konstellationen dieser Zeit. Darüber hinaus spielte es eine

<sup>35</sup> Sendung vom 15. Januar 1973 in der ARD mit dem Titel „Das Hähnchen“.

<sup>36</sup> Vgl. u. a. WBA, SPD-Parteivorsitzender, Mappe 43.

<sup>37</sup> Vgl. Die Welt vom 19. Februar 1968. Während der Großen Koalition stand zeitweise Wirtschaftsminister Schiller in der Gunst der Bevölkerung vor Willy Brandt.

große Rolle, daß durch die Übernahme der Regierungsverantwortung die erfolgreiche Umsetzung der zuvor postulierten Politik möglich geworden war und sich damit auch die Sehnsüchte vieler Deutscher zu erfüllen schienen. Entscheidend dazu beigetragen haben allerdings auch die Medienpolitik Brandts und die massive Unterstützung seiner Person und Politik durch viele Journalisten und große Teile der Massenmedien, hier allen voran die linksliberale Presse, die sich dadurch die Umsetzung der eigenen politischen Anliegen versprach.<sup>38</sup> Die „Hilfe“ der Medien ging schon im Wahlkampf 1969 weit über das übliche Maß hinaus.<sup>39</sup> Nach 20 Jahren CDU-Regierung schien die Zeit nun endlich gekommen, einen wirklichen Regierungswechsel herbeizuführen. Nach der Wahl Brandts zum Bundeskanzler erschienen in fast allen Zeitungen Porträts, die seinen nicht immer einfachen und gradlinigen Lebensweg würdigten sowie die Emigrationszeit und die Herkunft aus einfachen Verhältnissen positiv bewerteten – ein deutliches Zeichen des Einstellungswandels.<sup>40</sup> Nach der Wahl schien Brandt zunächst alle Hoffnungen zu erfüllen, dementsprechend war auch seine Popularität sehr hoch. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ versprach er in seiner ersten Regierungserklärung einen innenpolitischen „Aufbruch“, und die Umsetzung seiner Ostpolitik ließ auf eine Verständigung zwischen West und Ost und damit eine neue Außenpolitik hoffen.<sup>41</sup> So waren es dann vor allem auch seine Ost- und Deutschlandpolitik und die daraus resultierende Anerkennung im Ausland, die seine Popularität ständig wachsen ließen.<sup>42</sup> An dieser Stelle seien nur einige herausragende Ereignisse genannt: der Kniefall von Warschau im Dezember 1970, „Man of the Year“ 1970 und die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1971.

All das trug mit dazu bei, daß es, mit einigen kleinen Einbrüchen Mitte 1970 und 1971, zu einer regelrechten „Verehrungswelle“ kam, die zum Teil grotesk anmutende Formen annahm. Die Verehrung ging so weit, daß Brandt vom alltäglichen politischen

38 Vgl. A. Zons: *Das Denkmal. Bundeskanzler Willy Brandt und die linksliberale Presse. Inhaltsanalyse des Einstellungswandels in den Zeitungen und Zeitschriften Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Spiegel, Stern und Zeit, München 1984.*

39 Vgl. ebd., S. 19ff. *Einige Monate vor Wahlkampfbeginn waren Brandts Umfragewerte noch sehr schlecht, er stand in der Gunst der Wähler weit hinter Wirtschaftsminister Karl Schiller. Dies änderte sich jedoch wieder, da die Kompetenzen Brandts als Außenminister zunehmend Anerkennung in der Bevölkerung fanden.*

40 Vgl. u. a. *Frankfurter Rundschau* vom 6. Oktober 1969, *Der Spiegel* vom 3. November 1969, *Frankfurter Allgemeine* vom 22. Oktober 1969.

41 Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969, in: *Auftakt zur Ära Brandt. Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969.* Hg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 1999, S. 67ff.

42 Um Wiederholungen zu vermeiden, wird in diesem Beitrag nicht weiter auf die Wirkung der Deutschland- und Ostpolitik in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eingegangen. Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Manuela Glaab in diesem Heft.

Geschehen abgekoppelt wurde. Er war der „Friedenskanzler“. In dieser Euphorie traten die Diffamierungen der sechziger Jahre zurück. Dennoch muß betont werden, daß sie immer wieder vorgebracht wurden und längst nicht alle Bürger, wie aus Umfragen und persönlichen Zuschriften hervorgeht, die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten des Bundeskanzlers billigten. Auch in dieser Frage polarisierte Brandt wieder die Bevölkerung. Entweder man war für oder gegen ihn und seine Politik, ein Sowohl-auch schien es nicht zu geben.

Der Wahlkampf 1972 bedeutete den Höhepunkt der Popularität und des Personenkults um Willy Brandt.<sup>43</sup> Die Kampagne der SPD wurde nur noch auf die Person des Kanzlers zugeschnitten. Unter dem Motto „Willy wählen“ engagierten sich weite Teile der Gesellschaft für die Wiederwahl ihres Kanzlers, den die Opposition durch ein Mißtrauensvotum hatte absetzen wollen. Es ist eine starke Politisierung der breiten Massen festzustellen, die nicht nur die Person des Bundeskanzlers, sondern auch die Politik unterstützten, für die er stand.

Wie schon im Wahlkampf 1969 warben überall im Land die maßgeblich von Günter Grass initiierten „Sozialdemokratischen Wählerinitiativen“ (SWI) für den Bundeskanzler.<sup>44</sup> Günter Grass war dann auch sehr zuversichtlich, was die Erfolgchancen des Wahlkampfengagements für Brandt angingen. Er schrieb dem Kanzler dazu im August 1972:

„1. Der Wahlkampf der Solidarisierung wird stattfinden; 2. Diesmal müssen wir eine Kopf-an-Kopf-Propaganda nicht fürchten, sondern eher fördern; 3. Die Situation scheint für Dich gemacht zu sein, denn früh und rechtzeitig beginnst Du, locker, gelöst und bestimmt zu kämpfen...“ Willy Brandt kommentierte: „Hoffentlich hat er Recht.“<sup>45</sup>

Grass sollte Recht behalten. Eine große Zahl von Künstlern, Intellektuellen, Wissenschaftlern und Journalisten stellte unter dem Motto „Bürger für Brandt“ ihren Namen und ihre Person für die Wahlwerbung der SPD zur Verfügung. Das „Brandt-Fieber“ schien alle Berufs- und Bevölkerungsschichten erfaßt zu haben. Unter dem Titel „Willy-Kult im Kirchengolk?“ berichtete die Bonner Rundschau von einer Werbeaktion evangelischer Christen, die mit dem Slogan „Auch Christus würde Willy Brandt wählen“ Wahlkampf gemacht hatten.<sup>46</sup>

43 Zum Wahlkampf 1972 vgl. ausführlich A. Müller: *Willy wählen '72. Siege kann man machen, Annweiler 1997.*

44 Vgl. D. Münkler: *Intellektuelle für die SPD. Die Sozialdemokratische Wählerinitiative*, in: Th. Hertfelder/G. Hübinger (Hg.): *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart 2000 (i. E.).

45 *Tagebucheintrag Willy Brandts vom 22. August 1972*, in: WBA, *Persönliche Unterlagen*, Mappe 18.

Brandt selbst war nicht von Anfang an von der Möglichkeit eines überragenden Wahlsieges überzeugt. So schrieb er am 18. August 1972 in sein Wahlkampfstagebuch: „Nirgends steht geschrieben, daß wir – Sozialdemokraten und Freie Demokraten – es bei den Wahlen schaffen werden. [...] Unser Risiko, daß manche, auf deren Stimme es ankommt, sich trotz der kurzen Zeit nicht mehr daran erinnern werden, was im Frühjahr zur Lähmung des Parlaments geführt hat – und was uns, wären Neuwahlen gleich möglich gewesen, eine eindeutige Mehrheit gebracht hätte. Es wird darauf ankommen, den Anhängern und Sympathisanten und durch sie vielen Wählern klarzumachen, wieviel auf dem Spiel steht.“<sup>47</sup>

Trotz dieser Bedenken wurden der Wahlkampf und die Veranstaltungen des Bundeskanzlers zu einer Art Triumphzug durch die Republik. Unter dem Titel „Brandt: locker in die letzte Runde“ hieß es z. B. im November 1972 in *Die Zeit*:

„Da stehen die Wähler Kopf an Kopf, oft zu Zehntausenden, und wenn der Bundeskanzler erscheint, wird das Meer der Menschen von einer Grundwelle der Begeisterung hochgerissen. Kinder emporgehalten, Sprechchöre ‚Willy, Willy‘ branden auf – die Menge ist bereit sich von der Stimmung forttragen zu lassen. [...] Der Kanzler ist heute eine Symbolfigur für die Bundesrepublik geworden, wie es einst Konrad Adenauer war. [...] Obwohl der Politiker Brandt weiß, daß Stimmungen noch nicht Stimmen sind – unberührt von der Stimmung bleibt auch er nicht. Die Sympathie, die manchmal fast den Grad der *Unio mystica*<sup>48</sup> erreicht, trägt ihn.“<sup>49</sup>

Diese fast schon an Euphorie grenzende Begeisterung für den Kanzler, die ihn zu einer Art säkularisierten „Heiligen“ stilisierte, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch im Wahlkampf des Jahres 1972 wieder seitens der Opposition und der ihr nahestehenden Presseorgane Verleumdungskampagnen gab.<sup>50</sup> Neben den bereits bekannten Angriffspunkten wurde nun auch die Politik des Kanzlers massiver Kritik ausgesetzt. Diesmal war die Resonanz solcher Angriffe jedoch relativ gering. Das Wahlergebnis am 19. November 1972 entsprach dann auch mit 45,8 Prozent für die SPD der Stimmung in der Bevölkerung.<sup>51</sup>

<sup>46</sup> Vgl. *Bonner Rundschau* vom 22. Januar 1973.

<sup>47</sup> WBA, *Persönliche Unterlagen*, Mappe 18; W. Brandt: *Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz*, Hamburg 1974, S. 42.

<sup>48</sup> Dabei handelt es sich um einen spätmittelalterlichen Terminus für die Beschreibung von Volksfrömmigkeit.

<sup>49</sup> *Die Zeit* vom 17. November 1972.

<sup>50</sup> Vgl. u. a. Briefe von Holger Börner an das Büro des SPD-Vorsitzenden vom November 1972, in: WBA, *Persönliche Unterlagen*, Mappe 108; *Pressediens der SPD* vom 27. September 1972.

<sup>51</sup> Dabei handelt es sich um das beste Wahlergebnis, das die SPD bei nationalen Wahlen jemals – bis heute – erzielte.

#### IV. Der Abstieg

Gleich nach dem Wahlerfolg setzte ein Popularitätsverlust ein, der sich mit Unterbrechungen bis zum Rücktritt Brandts 1974 verstärkte. Dieser Umstand mag zunächst verwundern, er hatte jedoch ein ganzes Bündel von Ursachen: Geschwächt und krank von den Strapazen des Wahlkampfes, nahm der Kanzler kaum an den Verhandlungen über die neue Regierung teil, was einen nicht unerheblichen Autoritätsverlust zur Folge hatte. Hinzu kamen ökonomische Probleme, eine Ernüchterung in der Ostpolitik – so waren die Verträge 1973 weitgehend abgeschlossen – erneute Fragen nach den Führungsqualitäten des Kanzlers sowie koalitionsinterne- und innerparteiliche Querelen.<sup>52</sup> Letztere bezogen sich vor allem auf die Auseinandersetzungen mit den Jusos und dem sogenannten „linken Flügel“.<sup>53</sup> In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß auch in den fünfziger und sechziger Jahren Brandt und seine Politik nicht immer die volle Unterstützung in der eigenen Partei fanden und er auch dort zum Teil massiven Angriffen ausgesetzt war. In den fünfziger Jahren sind hier einerseits die Auseinandersetzungen bzw. Flügelkämpfe in der Berliner SPD<sup>54</sup> und andererseits die Konflikte mit dem Parteivorstand in Hannover/Bonn wegen der Frage Opposition oder Regierungsbeteiligung zu nennen. Anfang der sechziger Jahre waren es zunächst die vor allem von älteren Parteigenossen kritisierten programmatischen und organisatorischen Reformen der Partei, die mit einer Öffnung der SPD hin zur „Mitte“ sowie neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampfpraktik einhergingen, die Anlaß zur innerparteilichen Konfrontation boten. Die Äußerungen eines älteren Parteimitgliedes, daß er vor vielen Jahren „einer sozialdemokratischen und nicht einer Willy-Brandt-Partei beigetreten“<sup>55</sup> sei, spiegelte die Meinung nicht weniger Parteimitglieder zu diesem Zeitpunkt wider. 1966/67 war dann die Frage der Großen Koalition zentraler Streitpunkt innerhalb der Partei.<sup>56</sup> Willy Brandt wurde von den Gegnern einer Großen Koalition besonders stark angegriffen, da er selbst sehr lange gegen ein solches Bündnis gewesen war und somit für nicht wenige „unglaublich“ und „opportunistisch“ wirkte. Zahlreiche Äußerungen und Briefe von Partei-

<sup>52</sup> Vgl. dazu ausführlich Zons, *Das Denkmal*, S. 93ff.

<sup>53</sup> Vgl. P. Arend: *Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966 bis 1975*, Bonn 1975.

<sup>54</sup> Vgl. A. Ashkenasi: *Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln/Opladen 1968*, S. 50ff. und 131ff.

<sup>55</sup> WBA, *Beruflicher Werdegang und Berlin*, Mappe 49 (alte Signatur).

<sup>56</sup> K. Schönhoven: *Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966*, in: W. Pyta/L. Richter (Hg.): *Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb*, Berlin 1998, S. 379-397.

mitgliedern, linken Intellektuellen und Künstlern an Brandt zeugen davon.<sup>57</sup>

Daß aus den obengenannten Gründen die Unterstützung der Presse weitgehend ausblieb bzw. sich teilweise ins Gegenteil verkehrte („Kanzler in der Krise“<sup>58</sup>, „Der Rost nagt am Kanzlerdenkmal“<sup>59</sup>), verstärkte den negativen Trend massiv.

Der Bundesparteitag der SPD im April 1973 in Hannover bedeutete für Brandt noch einmal einen großen Erfolg. Seine Autorität schien wiederhergestellt, und die innerparteilichen Flügelkämpfe konnten weitgehend zurückgestellt werden. Auch als im Juni 1973 Bestechungsversuche im Zuge des konstruktiven Mißtrauensvotums bekannt wurden, beeinträchtigten sie zunächst nicht die Beliebtheit des Kanzlers. Brandt hatte im Juli 1973 wieder einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung: Laut Umfrageergebnissen war er bei 76 Prozent der Befragten „wohlgelitten“.<sup>60</sup> Dieser Popularitätsanstieg war jedoch nicht von langer Dauer. Angriffe seitens der Presse, aus den eigenen Reihen – so die negativen Äußerungen Wehners in Moskau über Brandts Führungsstil –, das Stagnieren der Reformen im Innern sowie wirtschaftliche Probleme waren wesentliche Faktoren, die bis zu Brandts Rücktritt zu einem stetigen Prestigeverlust beitrugen.<sup>61</sup>

Die hohen Erwartungen, die große Teile der Bevölkerung, Künstler, Intellektuelle und Journalisten an den von ihnen zum Idol stilisierten Kanzler Willy Brandt stellten, konnte dieser nur begrenzt erfüllen. Letztendlich verwundert es kaum, daß der Verlust der Popularität gleich nach dem Höhepunkt des Erfolges einsetzte. Die zu hohen Ansprüche, die Idealisierung der Person des Bundeskanzlers ließen für politische und menschliche Schwächen keinen Raum mehr. Da diese jedoch nach 1972 zunehmend zu Tage traten, mußten sie den „Sturz des Denkmals“ beschleunigen.

## V. Schluß und Ausblick

Gleich nach dem Rücktritt 1974 stieg die Popularitätskurve des ehemaligen Bundeskanzlers wieder an. Umfragen kurz nach dem Rücktritt ergaben ein „allgemeines

<sup>57</sup> Vgl. u. a. WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappen 2 und 3.

<sup>58</sup> Der Spiegel vom 10. Dezember 1973.

<sup>59</sup> Handelsblatt vom 17. Dezember 1973.

<sup>60</sup> Zons, Das Denkmal, S. 111.

<sup>61</sup> Vgl. ebd., S. 122ff. Laut Umfrageergebnissen von Allensbach hatten auf die Frage „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik von Bundeskanzler Willy Brandt einverstanden?“ im Dezember 1972 72 Prozent, im Februar 1973 53 Prozent, im März 1973 46 Prozent, im Dezember 1973 38 Prozent und im Januar 1974 nur 35 Prozent der Bevölkerung mit „ja“ geantwortet. Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 9. Mai 1974.

Bedauern<sup>62</sup> über den Schritt: 63 Prozent der Befragten waren dieser Ansicht. Und die FAZ titelte „Kein persönlicher Popularitätsverlust“<sup>63</sup>. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen Rücktritt nicht erwartet hatte und auch nicht für notwendig hielt. So verwundert es kaum, daß sowohl in der linksliberalen Presse als auch in der Bevölkerung Brandt relativ schnell wieder hohes Ansehen genoß.<sup>64</sup> Es gelang ihm in der Folgezeit, durch seine Aktivitäten als SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der *Sozialistischen Internationale* die Anerkennung zu erhalten. Dennoch hörten die Diffamierungen nie ganz auf.

Zusammenfassend läßt sich zum Brandt-Bild in der Bundesrepublik bis 1974 konstatieren: Die Beurteilung der Person Brandts bis Mitte der siebziger Jahre war immer auch ein Spiegel der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Seine Person verband sich für die einen mit der Hoffnung auf ein besseres, demokratischeres, modernes Deutschland; für die anderen war und blieb er der Emigrant, der „Vaterlandsverräter“ und der „Kommunist“. Nur daß sich im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen seit Mitte der sechziger Jahre und den konkreten Erfolgen der Politik der sozialliberalen Koalition die Gewichtungen änderten. Für die Mehrheit der Bevölkerung wurde aus dem „Vaterlandsverräter“ fast ein „Heiliger“. Dieser Wandel ist auch als Indiz dafür zu werten, daß die politischen Auseinandersetzungen seit Mitte der sechziger Jahre an Schärfe eingebüßt hatten und ein größerer Grundkonsens in der Gesellschaft – als noch zehn Jahre vorher – hergestellt war.

Als 1989/90 durch Mauerfall und Wiedervereinigung die Vollendung des Lebenswerkes Willy Brandts Wirklichkeit geworden zu sein schien, erlebte er kurz vor seinem Tod noch einmal eine regelrechte „Renaissance“. Man denke nur an die Fernsehbilder von der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November des Jahres 1989: Willy Brandt wurde von den Massen bejubelt, Bundeskanzler Helmut Kohl „ausgebuhet“. Sieben Jahre nach seinem Tod steht das „Denkmal Willy Brandt“ posthum fest auf seinem Sockel: In fast jedem längeren Presseartikel zum Bundestagswahlkampf der SPD im Jahr 1998 und über den Regierungswechsel sowie in vielen Kommentaren zur Politik der rot-grünen Bundesregierung tauchte und taucht Willy Brandt als Vorbild auf – populär auch über die Parteigrenzen hinweg.

<sup>62</sup> *in*fas Politogramm, Blitzumfrage zum Kanzlerwechsel vom 9.-11. Mai 1974, S. 1.

<sup>63</sup> *Frankfurter Allgemeine* vom 9. Mai 1974.

<sup>64</sup> Vgl. Zons, *Das Denkmal*, S. 156ff.